

2188. Artikel zu den Zeitereignissen

Flüchtlings-Programm und rechtsfreie Räume, Teil 267

Christian Jung und Torsten Groß "Der Linksstaat" (2) – Die Antifa und ihre Geschichte

Christian Jung und Torsten Groß schreiben in ihrem Buch *Der Links-Staat*¹ unter dem Titel *Die Antifa und ihre Geschichte*:

»Antifa« steht für Antifaschismus. Ursprünglich entstand der Begriff in Italien und bezeichnete Gegner des Faschisten Mussolini, der seine politische Karriere als sozialistischer Redakteur begonnen hatte. Der Faschismus bezieht sich schon in seiner Namensgebung auf das Alte Rom. Dort galt ein umbundenes Rutenbündel (fascis), in dessen Mitte eine Axt steckte, als Machtzeichen, das nur für die höchsten Ämter des Reiches verwandt wurde. Diese Symbolik griff auch der amerikanische Senat auf, in dessen Tagungsraum die Säulen hinter dem Speaker als fascies geformt sind (s.re.²).



Dies hat selbstverständlich nichts mit Mussolini, sondern vielmehr mit der klassischen Bildung der amerikanischen Revolutionäre und ihren Anleihen beim klassischen Rom zu tun.³ Gleiches gilt für viele öffentliche Gebäude in Deutschland, die vor der Zeit des Nationalsozialismus entstanden sind.

So wie der Antifaschismus sich an einer missbräuchlichen Symbolik abarbeitet, so missbraucht die Antifa ihrerseits das Anliegen, sich gegen Rechtsextremismus zu wenden, für ihre ganz eigenen, meist kommunistischen, aber auch – letztlich sehr stark im Widerspruch hierzu stehenden – anarchistischen Ziele.

Nachdem die Antifa als Bewegung schon in den 1920er-Jahren Fuß gefasst hatte, entstand die Antifa-Flagge in den 1930er-Jahren. Zwei rote Fahnen im Wind standen für Sozialdemokraten und Kommunisten. War die Fahne der Sozialdemokraten in der kommunistischen Antifa-Flagge zu dieser Zeit eher noch ein Propagandamittel der Kommunisten, um Wähler und Basis auf die eigene Seite zu ziehen, ist die Doppelfahne spätestens seit den 1980er-Jahren mehr als berechtigt – wenngleich hier auch noch eine Fahne für die Grünen hinzugefügt werden müsste. Die Aufschrift »Antifaschistische Aktion« wurde eingebettet in einen Kreis, der einen Rettungsring symbolisierte.

Die Kommunistische Partei stellte zur Bekämpfung der erstarkenden Nazis den »Roten Frontkämpferbund« (RFB) auf. Ziel war nach außen hin vor allem der Kampf gegen Rechts.

¹ S. 13-18, Kopp 2016

² https://de.wikipedia.org/wiki/Fascis#/media/File:Barack_Obama_adresses_to_Congress.jpg

³ Gleichwohl sind sie auch Zeichen des Internationalsozialismus der *Geheimen Weltmacht*

Doch eine demokratische Gesinnung war der Antifa schon damals fremd. Der Rote Frontkämpferbund wollte vor allem den kommunistischen Umsturz und die Revolutionen in Russland und China »verteidigen« und strebte für Deutschland ebenfalls ein stalinistisches System an. Der Kampf gegen Nazis wurde durch den RFB auch gegen Sozialdemokraten ausgeweitet. Der politischen Konkurrenz unterstellten die Kommunisten, Sozialfaschisten zu sein. Häufig wird angeführt, der Kampf gegen die Sozialdemokraten habe unter anderem mit dem Gebaren des sozialdemokratischen Innenministers Gustav Noske zu tun, der im Gefolge der Revolution von 1918 seine antibolschewistische Gesinnung auslebte und sowohl der Polizei als auch den Freikorps im Kampf gegen die Kommunisten freie Hand ließ. Diese These lässt sich aus mehreren Gründen nicht halten.⁴

Noske fiel die Karriereleiter wieder hinunter. Ein späterer Karriereversuch Noskes innerhalb der SPD scheiterte kläglich. Die Auseinandersetzungen der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) mit der SPD in den 1930er-Jahren mögen auf der persönlichen Ebene noch von dem damals geschürten Hass gespeist worden sein, entscheidend war dies nicht. Schon gar nicht auf der Führungsebene der streng hierarchisch geordneten Partei.

Dies ist schon durch den Umstand verdeutlicht, dass die KPD auch mit der NSDAP zusammenarbeitete, die noch deutlich verhasster war als Noske oder gar die SPD als Partei. Im Oktober 1930 rief Stahlhelmführer Franz Seldte zu einem Volksbegehren zur Auflösung des Preußischen Landtages auf, das von mehreren rechten Parteien unterstützt wurde. In Preußen wurde die Regierung von dem Sozialdemokraten Otto Braun angeführt. Auch die NSDAP unter Adolf Hitler rief zum Volksbegehren auf. Erst nach einem erfolgreichen Begehren, für das die Initiatoren genügend Unterschriften von Wahlberechtigten nachweisen mussten, kam es zum Volksentscheid, bei dem dann jeder Wahlberechtigte zur Stimmabgabe aufgerufen war. Das Begehren zur Abhaltung des von Seldte und Hitler angestrebten Volksentscheids erreichte knapp sein Ziel.

Der Volksentscheid wurde für den 9. August angesetzt. Die demokratischen Parteien gingen aber von einem klaren Scheitern aus. Auf Weisung Stalins kündigte die KPD dann am 22. Juli 1930 ihre Unterstützung für das Volksbegehren an. Die Kommunisten wollten die Sozialdemokraten schwächen, die in Preußen die Regierungskoalition anführten. Damit kämpfte die vermeintlich »antifaschistische« KPD zusammen mit der NSDAP gegen die Sozialdemokraten. Es bestand für den »antifaschistischen« Stalin zum Erreichen seiner Ziele auch kein Problem darin, Polen zwischen der Sowjetunion und Nazi-Deutschland aufzuteilen.

Das von Nazis und Kommunisten unterstützte Volksbegehren scheiterte jedenfalls an zu geringer Wahlbeteiligung, nachdem Brauns Regierung all diejenigen, die kein faschistisches oder sowjetisches Preußen haben wollten, dazu aufgerufen hatte, der Abstimmung fernzubleiben. Der »Antifaschismus« der Kommunisten war von Beginn an aufgesetzt. Skrupellos wurde der jeweilige politische Gegner zum »Rechten« erklärt, den es in diesem Augenblick zu bekämpfen galt. Eine ideologische Grundlage war Grigori Sinowjews These vom auf die Sozialdemokraten gemünzten Begriff des »Sozialfaschismus«. Weiterhin gab es in der Weimarer Republik auch den Begriff des »Brüning-Faschismus« etc.

Wie auch heutzutage, wurde mit dem Begriff des Faschismus sehr beliebig umgegangen. So wurde auch der Vorwurf oder vielmehr das Propagandawerkzeug des Sozialfaschismus je nach politischer Lage (und den Vorgaben Stalins) mal fallen gelassen und dann auch wieder eingesetzt. Die Verlogenheit des »Antifaschismus« der äußersten Linken wurde auch im

⁴ Siehe dazu Artikel 228 (S. 2-4)

Wahlkampf im Herbst 1932 erkennbar, als NSDAP und KPD den BVG-Streik in Berlin gemeinsam für ihre politischen Zwecke nutzten. Mit Verweis auf die Straßenkämpfe zwischen Rotem Frontkämpferbund und den Nationalsozialisten wird heute noch die Tradition des Antifaschismus beschworen, die es in der Form nie gegeben hat. Keine der an diesen Straßenkämpfen beteiligten Seiten war am Erhalt der Demokratie interessiert, sondern daran, Deutschland in die Diktatur nach dem jeweilig eigenen Gusto zu führen. Das gilt für die NSDAP genauso wie für die KPD und deren Frontkämpferbund.

Dessen Symbolik, die nach oben gereckte Faust, deren Ballen nach vorne gedreht wird, wurde zusammen mit der Grußformel »Rotfront« durch den kommunistischen Werbegrafiker und Künstler John Heartfield entwickelt und gehörte schon bald zur weltweit genutzten Ikonografie der Kommunisten. Die geballte Faust sieht man als Geste heute weniger, jedoch immer noch als Grafik. Die Fahnen im Wind unterliefen aber eine Änderung. Heute werden weiterhin meist zwei Flaggen abgebildet, wobei eine rot und eine schwarz ist (s. re.⁵). Die schwarze steht für die Autonomienbewegung, die rote erinnert an die sozialistischen Wurzeln der Antifa-Historie.



Häufig wird bei den beiden Flaggen die Farbe nach vorne gestellt, die der Träger präferiert oder der er sich gar zugehörig fühlt. Dies ist jedoch nicht bei jedem Flaggenträger der Fall. Vielfach sind den Trägern die Symbolik und Geschichte selbst nicht klar. Die militanten Antifaschisten und die Autonomen standen und stehen sich teilweise kritisch gegenüber. Insbesondere in den 1980er-Jahren, als die militanten Antifaschisten aufkamen, fand eine teilweise mühsame Annäherung statt. Während die Autonomen, die oftmals in fast unideologischer Weise den Staat generell – unabhängig von seiner politischen oder freiheitlichen Ausrichtung – als Unterdrückungsinstrument sehen und eine staatsfreie Anarchie anstreben, war die meist vom staatsgläubigen Sozialismus durchdrungene Antifa auf Veränderung des Staates in ihrem Sinne aus.

So gibt es im linksextremen Spektrum auch politische Strömungen, die sich als »libertär« bezeichnen. Nicht zuletzt die Terrororganisation »Bewegung 2. Juni« lässt sich hierunter fassen. Von außen betrachtet sind diese Unterscheidungen freilich Petitessen und auch intern nur mit einer meist äußerst verquasteten Sprache aufrechtzuerhalten. Dies lässt sich auch heute noch an der innerlinken Diskussion um Rojava erkennen. Die »autonome Republik« Rojava im Norden Syriens ist eine kurdische Enklave, in der bewaffnet für die Ideen des PKK-Führers Abdullah Öcalan und gegen »Kapitalismus«, »Ausbeutung«, die Türkei und den IS gekämpft wird. Sowohl »Libertäre« innerhalb der linken Bewegung als auch staatsgläubige Sozialisten nehmen Rojava als Hoffnungsschimmer für ihre eigene Überzeugung wahr. Freilich ist dies ein Streit um des Kaisers Bart, da die auf den Ideen des »sozialistischen Libertären« Murray Bookchin fußende Organisation in Rojava auf eine Räterepublik

⁵ <https://de.wikipedia.org/wiki/Antifa#/media/File:Antifalogo.svg>

hinausläuft, bei der nicht der Einzelne sein (ökonomisches) Verhalten bestimmt, sondern eine »demokratische« Entscheidung die Güterver- und -Zuteilung bestimmt. Nicht der Markt (sprich: der einzelne Verbraucher) soll Entscheidungen treffen, sondern ein Gremium, das Bookchin in schönster linker Euphemismusbegeisterung »Freiheitsforum« nennt. Einzig weil Murray für eine Abschaffung des der Kommune übergeordneten Staates plädiert, hegt – rein ideologisch – diesem Gemeinwesen nicht mehr der Kommunismus, sondern der »Kommunalismus« zugrunde. Dass es letztlich um den Sozialismus geht, macht auch die »Ökofeministin« Janet Biehl deutlich, deren Einschätzung in einem linken Presseorgan wie folgt wiedergegeben wird:

»Nach Ansicht Biehls hätte Bookchin, dessen Kommunalismus lange nicht so weit wie die kurdische Befreiungsbewegung gekommen sei, Öcalans Ideen zur Verwirklichung des Übergangs zum wahren Sozialismus zugestimmt.«⁶

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, wenn die Antifa sich schwarz gekleidet (s.re.⁷) und letztlich uniform gegen Faschismus wendet. Denn der Faschismus in Italien war in seinen Ursprüngen durch die »Schwarzhemden« gekennzeichnet (s.re.⁸). Anhänger Mussolinis, die politische Gegner durch Gewalt, Straßenkampf, Drohung und Einschüchterung aus dem politischen Leben zu verdrängen suchten, waren für



die Machtergreifung und -festigung durch den Diktator unabdingbar. Nicht nur die Farbe der Bekleidung ist somit identisch, sondern auch die Methoden des Faschismus und des vermeintlichen »Anti«-Faschismus. Die Berechtigung für die eigenen Handlungen sieht die Antifa in der Tatsache, dass sie sich *antinational*, also *international*, definiert.

Die deutsche (extreme) Linke sah mit dem Untergang der DDR und der sich abzeichnenden Wiedervereinigung die Gefahr eines neuen deutschen Nationalismus. Die Antifa-Bewegung erhielt dadurch in gewisser Weise einen Aufschwung, sodass sich einige neue Antifa-Verinigungen gründeten. Der Zerfall der »Das Norddeutsche« genannten Organisationsplattform der Antifa im Jahr 1989 ist hierzu kein Widerspruch. Das Auseinanderfallen hatte etwas mit Strafverfolgungsdruck gegen dessen Gruppenmitglieder und Streit zwischen den Fraktionen des »Norddeutschen« zu tun.

Oftmals speisten sich die zur Wendezeit neu entstehenden Organisationen personell und ideell aus den Auseinandersetzungen um die atomare Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf und die Startbahn West in Frankfurt. Dabei waren die neuen Antifa-Gruppen häufig von nur kurzer Lebensdauer, wie etwa die in Berlin entstandenen Edelweißpiraten, die personell sehr stark mit der SPD vernetzt waren und ihren Bezug von einer Widerstandsgruppe im Dritten Reich nahmen.

(Fortsetzung folgt.)

⁶ Unter Anmerkung 2 steht: Zitat aus dem Artikel „Vom Kommunismus und Konföderalismus: Bookchin und Öcalan“, <http://civaka-azad.org/vom-marxismus-zu-kommunalismus-und-konfoederalismus-bookchin-und-oecalan/>

⁷ <http://www.theeuropean.de/vera-lengsfeld/10908-linke-gewalt-wann-sterben-menschen>

⁸ http://www.harunyahya.com/image/fascism/f_068_roma_morte.jpg